

Dringend sparen

CO₂-Ausstoß muss auch im Landkreis sinken

FORCHHEIM - Die CO₂-Emissionen müssen weltweit – und damit auch im Landkreis Forchheim – drastisch reduziert werden, nach jüngsten Studien um 90 bis 95 Prozent bis spätestens 2050. Das war die Botschaft, die Henry Kestel von der Energieagentur Oberfranken den Kreisräten ans Herz legte. Über die Grundlagen und die künftigen Auswirkungen des Emissionshandels für den Landkreis Forchheim referierte der Bauingenieur in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und des Umweltausschusses. Dass die CO₂- Problematik dringend sei, daran ließ Kestel keinen Zweifel. Denn steige der CO₂-Ausstoß weiter wie bisher, vernichte die Menschheit ihre Lebensgrundlage. Also muss so schnell und so viel wie möglich gespart werden.

Auf Passivhaus-Standard

Gebäude müssten energetisch so saniert werden, dass sie kaum mehr Energie benötigen, also den Stand von Passivhäusern haben. Das sei zwar kostenintensiv, so Kestel, aber viel teurer werde es, wenn ab 2020 alle Hausbesitzer, die bestimmte Energie-Richtwerte nicht einhalten, über ein CO₂-Konto zur Kasse gebeten werden.

Zurzeit werde der Schaden, den eine Tonne CO₂ in der Atmosphäre anrichtet, mit 15 Euro angegeben. Der Schätzwert für 2025 liege allerdings schon bei 70 Euro. Für den Landkreis Forchheim würde dies bedeuten, dass er rund 500 Millionen Euro Emissionsabgaben zahlen müsse, wenn er die geforderte CO₂-Reduzierung nicht einhalte, rechnete Kestel vor.

Um dies zu vermeiden, müssen also alle Landkreis-Gebäude energetisch auf dem Passivhaus-Standard saniert werden. Das bedeute, dass die Gebäude dann nur noch ein Zehntel des ursprünglichen Energiebedarfes haben dürfen.

Rund 64 Prozent der CO₂-Einsparung könne man allein durch eine entsprechende Wärmedämmung erreichen, erläuterte der Energie-Experte. Für eine entsprechende Beratung stehe die Energieagentur Oberfranken dem Landkreis Forchheim zur Verfügung, betonte Kestel.

Wolfgang Böhm, Geschäftsführer der Energieagentur, vertiefte das Thema weiter. Das Ziel, 90 bis 95 Prozent der Treibhausgase bis 2050 einzusparen, sei nur möglich, wenn auch jeder einzelne Bürger dazu mithelfe. Deswegen sei eine Klimaschutzberatung für private Haushalte unbedingt nötig, so Böhm. Die Energieagentur biete diesen Service bereits in den Landkreisen Kulmbach und Kronach an. »Wir gehen raus ins Haus des Bürgers und zeigen, was möglich ist.« Die erste Beratung sei kostenlos. Vor Ort sage man den Hausbesitzern, wie Energie gespart werden könne. Dadurch, so Böhm, wecke man Bewusstsein und Investitionsbedarf, davon profitierten dann Handwerk, Planer und Architekten. Zudem informiere man über aktuelle Förderprogramme.

»Der Wandel muss jetzt kommen«, appellierte Böhm an die Kreisräte. Für 29 000 Euro pro Jahr würde die Energieagentur Oberfranken eine Energieberatungsstelle im Landkreis Forchheim betreiben. Die Kreisräte, von so viel Information sichtlich erschöpft, hakten kaum nach. »Wir werden über das Angebot nachdenken«, sagte Landrat Reinhardt Glauber abschließend.